

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Volksredaktion** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellseite oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonellseite 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Sicheres Geleit für die Kapp-Putschisten.

Bauer, Ehrhardt, Pabst und Schnigler stellen sich.
Berlin, 19. Oktober. (M.B.) Im Kapp-Prozess ist eine Aenderung der Sachlage dadurch eingetreten, daß vier der flüchtigen Angekludigten, nämlich Oberst Bauer, Revolutionskapitän Ehrhardt, Major Pabst und Schriftsteller Schnigler, sich bereit erklärt haben, sich dem Gericht zu stellen, wenn sie gegen Sicherheitsleistung mit der Untersuchungshaft verontwortet werden. Das Reichsgericht hat ihnen durch Beschluß vom 17. d. M. sicheres Geleit bewilligt, jedoch nur unter der Bedingung, daß sie sich ungehindert dem Untersuchungsrichter in Leipzig zur Vernehmung stellen, daß sie an irgendeinem im Besonderen mit dem Untersuchungsrichter zu bestimmenden oder von diesem zu bezeichnenden Orte des Landes Aufenthalt nehmen, diesen Ort ohne richterliche Genehmigung, außer zur Wahrnehmung gerichtlicher Termine, nicht verlassen, und daß sie jeder Ladung zu gerichtlichen Terminen folgen. Auf diese Weise wird es ermöglicht, das Verfahren gegen den größten Teil der Angekludigten in der Kappsache, nämlich außer den Vorgenannten auch gegen die Angekludigten v. Jagow, Wangenheim und Schiele, einheitlich durchzuführen. Der gegen den letzteren bereits auf den 27. d. M. angelegte Hauptverhandlungstermin mußte ausgesetzt werden. Das Verfahren gegen sämtliche Angekludigte wird nach Möglichkeit beschleunigt. Mit dem Stattfinden der Hauptverhandlung ist in naher Zeit zu rechnen.

Die Herren stellen sich. Sie kalkulieren, daß eine milde Festungshaft, die sie zu erwarten berechtigt sind bei der bekannten Haltung unserer Richter, schließlich besser ist, als die Notwendigkeit, wenigstens zeitweise, wenn die verdammte sozialistische Presse gerade Lärm geschlagen hat, immer mal wieder den deutschen Boden verlassen zu müssen und eventuell — es könnte ja vielleicht einmal ein republikanisch gesinnter Polizeibeamter die Augen offenhalten — doch gepackt und in Untersuchungshaft gesteckt zu werden.

Und Untersuchungshaft ist unangenehm, unter Umständen sogar gefährlich, wie das Beispiel der Welbiter Revolutionäre erweist, die ihre Gesundheit in der Zelle liehen und die kein ärztliches Mittel bekamen. Die Welbiter Revolutionäre waren eben dumm, sie liehen sich fassen. Oder richtiger vielleicht, sie hatten Pech. Sie fanden eifrige Behörden, die sie a tempo ergriffen. Sie hatten keine guten Freunde in Mentern, Reichswehr usw., die ihnen fortkommen, keine bochenerische Polizei, die sie nicht spürte, wenn sie ihr vor der Nase herumlaufen.

Die Welbiter mühten sich, bis sie zusammenbrachen, die Kapp-Putschisten können sich die Untersuchungshaft ersparen. Und dabei wäre sie ihnen schwerlich so schlecht bekommen wie den Welbiter Revolutionären. Wir haben ja eben erst erfahren, daß der Oberreichsanwalt von Dr. Stabler nicht in Untersuchungshaft steht, weil bei seinen geordneten Familienverhältnissen kein Fluchtverdacht vorliegt, obgleich das Verbrechen, dessen er beschuldigt wird, u. a. auch mit Zuchthaus bedroht ist. Die Herren Kapp-Putschisten wären doch wohl kaum weniger vertrauenswürdig erschienen als Dr. Stabler. Die Welbiter Revolutionäre hätten eben auch rechtzeitig für geordnete Familienverhältnisse sorgen sollen.

Und Küllwig?

Berlin, 20. Oktober. Im Anschluß an die Mitteilung über das sichere Geleit für Ehrhardt und die drei andern Angekludigten fragt der Vorwärts: Wie sieht es mit Küllwig? Dieser habe sein Ehrenwort gegeben, daß er sich der Untersuchungsbehörde zur Verfügung stellen würde.

Warten wir ab, wie es mit dem Ehrenwort bestellt ist!

Einigung vor der Botshalterkonferenz.

Die Bekanntgabe der Genfer Entscheidung.

Paris, 20. Oktober. (M.B.) Die Botshalterkonferenz hat am Mittwochabend eine zweite Sitzung im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz von Jules Cambon abgehalten und dabei die Prüfung der oberösterreichischen Frage beendet. Im Laufe der vorhergehenden Sitzungen hatte die Konferenz den Text der vorliegenden Entscheidungen abgefaßt, die am Donnerstag nachmittag Deutschland und Polen durch Vermittlung ihrer Vertreter in Paris bekanntgegeben werden. Der Wortlaut dieser Entscheidungen wird Freitagabend veröffentlicht werden. Sie enthalten die Beschlüsse, die die Botshalterkonferenz im Namen der Mächte gefaßt hat. Diese Entscheidungen sind im Wesentlichen beiseite gelassen, worin die Botshalterkonferenz den beiden betreffenden Regierungen den ganzen Sachverhalt der Angelegenheit erklärt und die Gründe der Ueberweisung an den Völkerbund und die getroffenen Beschlüsse angibt. Der Bescheidbrief betont zum Schluß, daß die Beschlüsse genau ausgeführt werden sollen.

Die praktische Durchführung des Genfer Abkommens.

M. Paris, 19. Oktober. Der Temps veröffentlicht eine längere Londoner Drahtung offiziellen Charakters, die einige

Fingerzeige hinsichtlich der praktischen Durchführung der Genfer Völkerbundsentscheidung zu geben scheint. Es heißt darin: Man hat in der Entscheidung des Obersten Rats über, genauer gesprochen, in der Empfehlung des Völkerbundes, drei verschiedene Teile zu unterscheiden: 1. Die Ziehung der Grenzlinie in Oberschlesien, 2. Die Bestimmungen über das Wirtschaftsregime, 3. Die deutsch-polnische Kommission unter Vorsitz eines Neutralen, die die technische Durchführung der wirtschaftlichen Bestimmungen zu übernehmen berufen ist. Die Interalliierte Kommission in Opatow wird 24 Stunden vor der Notifizierung durch die Botshalterkonferenz benachrichtigt werden, damit sie alle Maßnahmen ergreifen kann, die aus Gründen der Ordnung erforderlich werden, wie auch die Verwaltungsmaßnahmen, die den Uebergang der oberösterreichischen Gebiete vom gegenwärtigen zum neuen Regime gewährleisten sollen. Zu gleicher Zeit wird die Interalliierte Kommission ihr gesamtes berufenes Personal mobil machen müssen, um gemeinsam mit deutschen und polnischen Delegierten die Ziehung der Grenzlinie praktisch zu bewerkstelligen. Andererseits werden die deutsche und die polnische Regierung zu der gleichen Zeit, wo die Botshalterkonferenz ihnen die Wirtschaftsbestimmungen des Völkerbundsentscheids zur Kenntnis bringt und sie auffordert, ihre Bevollmächtigten zu Verhandlungen über die Wirtschaftseinheit Oberschlesiens und die gemischte Verwaltungskommission zu ernennen, eine Kommission zur Regelung der Privatstreitigkeiten, die sich aus der Einführung der Neuordnung ergeben könnten, einzusetzen haben. Man hat demnach, ohne daß im einzelnen schon etwas definitiv festgelegt ist, folgende Organe in Betracht zu ziehen: 1. eine deutsch-polnische Kommission, die gemeinsam mit der Opatower Interalliierten Kommission praktisch die Grenzlinie nach dem Völkerbundsentscheid zu ziehen hat. 2. Die Delegation deutscher und polnischer Bevollmächtigter. 3. Die gemischte Verwaltungskommission unter Vorsitz eines Neutralen. 4. Die Kommission zur Regelung privater Streitigkeiten, vermutlich unter Vorsitz eines Völkerbundsdelegierten.

Der Abtransport der interalliierten Truppen.

Kattowik, 20. Oktober. (M.B.) Wie die Telegraphen-Agencia berichtet, sind für den Abtransport der interalliierten Truppen aus Oberschlesien bereits Bereitungen getroffen worden. Für Franzosen und Engländer sind ungefähr 10 Züge von Opatow aus vorgesehen, außerdem werden die Italiener in etwa 22 Zügen nach ihrer Heimat abgeführt werden. Der Beginn der Transporte ist noch nicht bekannt.

Der Stand der Regierungsfrage.

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrige Fraktionsitzung des Zentrums nahm, wie es heißt, einen für den Reichskanzler günstigen Verlauf. Die Stimmung für sein Verbleiben im Amt war gewachsen und die Meinung der Mehrheit der Fraktion geht angeblich dahin, auf den Kanzler keinen Druck auszuüben, sondern ihm die Entscheidung völlig selbst zu überlassen. Die Deutsche Volkspartei soll dagegen mit einer überwiegenden Mehrheit beschloffen haben, nicht in eine Regierung einzutreten, an deren Spitze Wirth stehe. Die Freiheit, die „in letzter Stunde“ noch einmal davor warnt, den Reichstag vor vollendete Tatsachen zu stellen, und die einen Regierungswechsel aus politischen Gründen überhaupt für verhängnisvoll erklärt, fragt, wie der Beschluß der Volkspartei auf Zentrum und Demokraten wirken wird. Man sollte meinen, daß er sie von ihren Sehnsüchten nach Stresemann und Stinnes abbringen müßte; aber leider seien ja in ihren Reihen zahlreiche Vertreter, die ihre Blicke fixiert auf das Bündnis mit der Volkspartei richteten und kaum noch andern Erwägungen zugänglich seien. Bleiben noch die Rechtssozialisten. „Sollte es,“ so fragt die Freiheit, „möglich sein, daß sie nach dem Rotum der Volkspartei noch immer an dem Gedanken eines Zusammengehens mit ihr festhalten? Aber ganz gleichgültig, ob der Beschluß tatsächlich so lautet oder nicht, ganz gleichgültig, ob Stresemann und Stinnes sich bereit finden würden, in dasselbe Schiff mit Wirth zu steigen, jedenfalls würde diese Umbildung der Regierung einen Frontwechsel bedeuten, den die Sozialdemokraten unter keinen Umständen mitmachen dürfen. Ueber den Württicher Beschluß haben wir gesagt, was gesagt werden muß. Aber so verhängnisvoll er war, er fiel doch in eine Zeit, in der die Situation noch nicht durch die Entscheidung über Oberschlesien beeinflusst war. Jetzt liegen die Dinge anders als damals, heute bedeutet das Bündnis mit der Volkspartei nicht nur den Verzicht auf die proletarische Einheitsfront, sondern er bedeutet auch die Bildung einer Regierung, die alle Chancen, die Deutschland noch in der auswärtigen Politik besitzt, zerstören muß. Die Position der Sozialdemokratie ist zur Zeit klar. Ein klares Nein aus ihrem Munde kann Zentrum und Demokraten zur Besinnung und zur Vernunft bringen. Bezichtigt sie darauf, es auszusprechen, so wird sie mitverantwortlich für die Erfolge der nationalistischen Treiber sein.

Berlin, Wirth und Oberschlesien.

Von D. Jensen.

Der Ausfall der Berliner Stadtverordnetenwahl zeigt, wie stark die politische Wirkung der Oberschlesien-Krise ist, er zeigt deutlich die Gefahren des Nationalismus, der durch die Politik der Entente immer wieder aufgepeitscht wird. Der tiefe Kurs der Mark, ein Symptom unseres wirtschaftlichen Elends, verschärft die Gefahr und trotz des Kabinetts Wirth, von dem man überall spricht, kann dies der Auftakt zu einer neuen nationalistischen Welle werden. Man darf diese Gefahr nicht unterschätzen, und es genügt nicht, daß wir nur eine negative Kritik am Nationalismus üben, indem wir unsere Machtlosigkeit gegenüber der Entente betonen und nachweisen, daß mit bloßen nationalistischen Protesten eine so schwierige wirtschaftliche und politische Frage nicht zu lösen ist.

Wir dürfen dem Nationalismus kein Zugeständnis machen und mit den Schwarz-Weiß-Roten für Oberschlesien demonstrieren. Der Hohn und Spott, den Ehrhard Auer in München ertete, als er diese rechtssozialistische Politik trieb, ist redlich verdient.

Wir müssen gerade jetzt in der Stunde der Gefahr im Gegensatz zu der Deutschümelei und der nationalistischen Entrüstung der Weißen, Schwarz-Weißen und Schwarz-Weiß-Roten die Lösung vertreten, daß nur eine Verständigung mit Polen über die Handhabung der einzelnen Bestimmungen der Entscheidung des Völkerbundes die Krise mildern kann. Wir wissen, was das bedeutet, wir wissen, wie stark der Nationalismus im Staate Polen ist. Wir wissen, in welcher verzweifeltsten Wirtschaftslage sich diese eicht deutsche Weltkriegsgründung augenblicklich befindet und wir wissen, wie das Finanz-Elend, das Ueberwuchern von Beamtentum und Militarismus die herrschenden Klassen Polens immer wieder dazu treibt, den Unwillen der Massen nach außen abzulenken. Die Fehler der preussischen Polenpolitik und der deutschen Ostpolitik nach dem Kriege haben diese nationalpolnische Politik erleichtert und der größte Teil der polnischen Sozialdemokratie ist gleichfalls nationalistisch verfaßt. Dazu kommt, daß der Aufstand Korsantys und die Kämpfe mit dem deutschen Selbstschutz die nationalistischen Gegensätze in Oberschlesien überhitzt hat. Die rückständige Arbeiterbewegung dieses unter feudalkapitalistischem noch leuzendlichen Industriegebietes ist ein guter Nährboden für nationalistisch-sozialistische Bestrebungen. Es ist auch fraglich, ob von deutscher Seite immer genügend geschieht, diesem Nationalismus entgegenzuwirken.

Trotz alledem oder gerade deshalb müssen wir aber neben der Kritik an der verfehlten Entente-Politik die Notwendigkeit einer Verständigung mit dem polnischen Staate hervorheben. Oberschlesien darf nicht zu einem dauernden Brandherd werden und vor allem müssen die Bestimmungen des Völkerbundsbeschlusses, die den wirtschaftlichen Verkehr zwischen den getrennten Gebieten erleichtern, in einer Weise ausgeführt werden, daß das wirtschaftliche Leben dieses wichtigen Industrie-Zentrums nicht wieder ins Stocken kommt. Das liegt auch im Interesse Polens.

Oberschlesien kann ohne das deutsche Hinterland, ohne seine zahlreichen Handelsbeziehungen nach Deutschland, wirtschaftlich nicht gedeihen. Polen mit seiner Baumwollindustrie und seiner vorwiegend agrarischen Produktion kann augenblicklich mit den oberösterreichischen Produkten nicht viel anfangen. Dagegen hat Polen ein Interesse daran, daß das deutsche Nachbargebiet sich entwickelt und daß ein friedlicher geistlicher Wirtschaftsverkehr zwischen beiden Staaten sich anbahnt.

Das mag den Sonderinteressen herrschender Eliten widersprechen, aber beim Abflauen des polnischen Nationalismus werden die sozialen Gegensätze innerhalb Polens sich dank dem wirtschaftlichen Elend wieder verschärfen. Man überschätze dabei nicht die Macht des polnischen Proletariats, aber es ist wichtig, daß sich wieder Fäden anspannen zwischen deutschen und polnischen Arbeitern und die Masse der polnischen Bauern und Kleinbürger wird nicht durch deutsche weiße Gardien, sondern nur durch eine vernünftige deutsche Wirtschaftspolitik von ihrem nationalistischen Haß befreit.

Diese Politik ist durch das Entente-Diktat außerordentlich erschwert, aber es ist kein Grund, sie nicht zu befolgen und auf den Entente-Wahnsinn einen deutschnationalen Wahnsinn zu setzen. Das ist aber die Gefahr beim Sturz des Kabinetts Wirth und seiner Erziehung durch eine rein bürgerliche oder stark nationalistisch gefärbte Regierung.

Es ist die Gefahr einer solchen Regierung, daß sie außerstande ist, eine wesentlich andere Politik einzuschlagen; durch ihre nationalistische Verhegung und durch die örtliche Politik in Oberschlesien wird jedoch die Lage außerordentlich verschlimmert. Erinnern wir uns der Haltung des deutschen Selbstschutzes, in dem alte Baltikamer eine so große Rolle

Seht die Stadtverordnetenwählerlisten ein!